

Epstein-Skandal erschüttert Trumps Oligarchen-Regime

15 Feb. 2026 20:37 Uhr

Wegen seiner Aussage vor dem US-Kongress zum Epstein-Komplex drohen Trumps FBI-Direktor Kash Patel nun strafrechtliche Konsequenzen? Und Trumps Justizministerin Pam Bondi beantwortet die Frage, warum die Strafverfolgung bekannter elitärer Kinderschänder ausgeblieben ist, mit einem Exkurs über Aktienkurse.



Foto von Jeffrey Epstein aus den veröffentlichten Epstein-Files

Von Rainer Rupp

Es ist eine dieser politischen Geschichten, die in einem funktionierenden demokratischen Staat eigentlich unmöglich sein sollten, aber in der Washingtoner Oligarchie zwangsläufig immer wieder passieren. Diesmal ist es der Skandal um die sogenannten Epstein-Akten. Der schwelte schon jahrelang vor sich hin, eine Mischung aus halben Offenlegungen, geschwärzten Dokumenten und dann routiniert mit immer neuen Versprechen, man arbeite mit Hochdruck an der vollständigen Aufklärung.

In letzter Zeit kam jedoch echte, wenn auch keine vollständige Bewegung in die Sache. Nachdem der politische Druck im Kongress – insbesondere durch Abgeordnete wie Thomas Massie – zu groß geworden war, sah sich das US-Justizministerium gezwungen, ausgesuchten Mitgliedern des Kongresses zumindest einen begrenzten Zugang zu ungeschwärzten Versionen der Epstein-Akten zu gewähren.

Allerdings handelte es sich dabei nicht um eine vollständige Offenlegung aller Dokumente, nicht um die versprochene lückenlose Transparenz; es war keine Einsicht in physische Dokumente, sondern es gab in einem fensterlosen Raum nur den Blick auf Bilder, die auf einem Computermonitor von einer Vorauswahl

von Dokumenten gezeigt wurden. Die Kongressabgeordneten durften keine elektronischen Geräte mit in den Raum nehmen, um Kopien zu machen, nur ein Bleistift und Papier waren für Notizen erlaubt. Aber dennoch war das bereits genug, um einen Blick hinter die Kulissen des Justizministeriums zu werfen und dessen kriminelle Versuche zu entlarven, die Verbrechen der hochgestellten, elitären Kinderschänder zu vertuschen.

Der Moment, in dem es für den FBI-Direktor strafrechtlich relevant wird

Denn in den freigegebenen Unterlagen fand sich ein Detail, das weit über politisches Versagen hinausgeht: Bereits im Jahr 2019 hatte das FBI intern mindestens eine hochrangige Person, nämlich den Multimilliardär Les Wexner, offiziell als Mitverschwörer im Zusammenhang mit Epsteins Kinderhandel eingestuft. Das allein wäre schon brisant genug. Doch FBI-Direktor Kash Patel hatte noch im September 2025 vor dem Kongress ausgesagt, es gebe "keine glaubwürdigen Informationen" darüber, dass Epstein junge Frauen an andere Personen vermittelt habe. Auf die direkte Frage, wem Epstein die jungen Mädchen angeboten habe, antwortete Patel: "Sich selbst." Patel hatte also unter Eid vor dem Kongress ausgesagt, dass Epstein keinen sexuellen Kinderhandel betrieben hat, sondern all die vielen jungen Opfer selbst und allein missbraucht habe. Nun liegt jedoch seit etlichen Jahren ein offizielles FBI-Dokument vor, das genau das Gegenteil besagt.

Damit ist aus politischer Peinlichkeit ein mögliches Strafverfahren gegen Patel geworden. Denn das US-Bundesrecht stellt wissentlich falsche oder irreführende Aussagen gegenüber dem Kongress unter Strafe – mit bis zu fünf Jahren Haft. Sollte Patel zum Zeitpunkt seiner Aussage Kenntnis von den internen Bewertungen gehabt haben, wäre seine Aussage nicht nur politisch problematisch, sondern auch kriminell.

Mit anderen Worten: Der FBI-Direktor könnte sich durch seine eigene Kongressanhörung strafrechtlich angreifbar gemacht haben.

Die große Kunst der Schwärzung

Auch die Reaktion des US-Justizministeriums in Sachen Epstein folgte dem bekannten Muster der Vertuschung: abstreiten, relativieren, verzögern.

Als der mutige Abgeordnete Massie bei der Anhörung im Kongress darauf hinwies, dass in einem besonders relevanten Dokument, das einwandfrei auf Kindesmissbrauch hinweist, von 20 Namen 18 geschwärzt waren, erklärte der stellvertretende Justizminister Todd Blanche, dies sei notwendig gewesen, da sich unter den Namen auch Opfer befänden. Die später veröffentlichte Version zeigte jedoch, dass lediglich zwei der zwanzig Namen tatsächlich geschützt werden mussten.

Sechzehn waren offenbar aus anderen Gründen geschwärzt worden. Das Justizministerium hatte also Namen mutmaßlicher Täter entfernt – was eindeutig rechtswidrig war – und diese erst unter politischem Druck wieder sichtbar gemacht. Eine immer wieder vom Justizministerium versprochene Transparenzstrategie sieht anders aus.

US-Justizministerin verteidigt sich mit Dow-Jones-Rekord

Während sich der Druck auf FBI-Chef Patel erhöht, hätte man erwarten können, dass die US-Justizministerin Pam Bondi zumindest rhetorisch die Kontrolle in der öffentlichen Debatte übernimmt. Doch der Auftritt vor dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses des US-Kongresses entwickelte

sich rasch zu einer Farce. Ihr Versuch, einer simplen, aber unangenehmen Frage auszuweichen, steigerte sich zu einer faszinierenden Realsatire.

Die Frage war denkbar einfach: "Wie viele von Epsteins mutmaßlichen Komplizen wurden bisher angeklagt?"

Wie viele werden überhaupt untersucht?"

Bondis Antwort war ein Exkurs über den Aktienmarkt.

Der Dow Jones, erklärte sie, stehe aktuell "auf einem Rekordhoch von 50.000 Punkten. Der S&P 500 nahe 7.000 Punkten. Das ist gut für die Altersvorsorge der Amerikaner. Wir sollten darüber sprechen. Wir sollten darüber sprechen, Amerikaner abzusichern."

Man muss sich das vorstellen: Die oberste Strafverfolgungsbehörde der Vereinigten Staaten wird zu möglichen Mittätern eines globalen Kindesmissbrauchsnetzwerks befragt – und die Ministerin versucht mit Börsenkursen abzulenken.

Die Logik dahinter bleibt unklar. Vielleicht handelt es sich um eine neue juristische Theorie: Solange die Börsenkurse steigen, sinkt die Dringlichkeit von Ermittlungen wegen Kindesvergewaltigung.

Prioritäten im Justizministerium

Was Bondi nicht beantworten wollte, ist ebenso bemerkenswert wie das, was sie sagte. Trotz der nun teilweise ungeschwärzten Akten gibt es bislang keine neuen Anklagen gegen einflussreiche Personen, die in den Dokumenten als mögliche Täter genannt werden.

Stattdessen kündigte das Justizministerium verstärkte Maßnahmen gegen "Hassrede" an. Das ist politisch bequem. "Hassrede" ist ein dehnbare Begriff, selten gut organisiert und in der Regel nicht von milliardenschweren Netzwerken vertreten. Die strafrechtliche Verfolgung einflussreicher Persönlichkeiten, die in den Epstein-Akten auftauchen, wäre dagegen unerquicklich – politisch wie institutionell.

So entsteht der Eindruck, dass sich die Ressourcen des Justizministeriums zunehmend an der politischen Opportunität orientieren: Sprachvergehen lassen sich einfacher verfolgen als systematische sexuelle Gewalt gegen Kinder durch Mitglieder der gesellschaftlichen Elite.

Das Schweigen der Behörden

Weitere Enthüllungen aus den Akten deuten darauf hin, dass Epsteins Netzwerk weit über den inneramerikanischen Kontext hinausging. E-Mails, Reisepläne und persönliche Korrespondenzen dokumentieren Beziehungen zu internationalen Geschäftsleuten und politischen Akteuren, die über Jahre hinweg gepflegt wurden.

Dass solche Verbindungen bislang kaum strafrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen haben, wirft Fragen auf. Fragen, die Bondi im Kongress nicht beantworten wollte – oder konnte.

Auch die politische Unterstützung bröckelt. Selbst loyale Republikaner, die Einsicht in die Akten erhielten, äußerten offen Zweifel daran, dass die Regierung tatsächlich an vollständiger Aufklärung interessiert ist.

Da durch den Umgang mit der Veröffentlichung der Epstein-Akten das politische Fundament der Trump-Regierung auch in der eigenen republikanischen Partei und parteilosen Sympathisanten bis ins Mark erschüttert ist, scheint es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis das Kartenhaus, in das sich die

Trump-Regierung wegen ihres unerschütterlichen Engagements zum Schutz der pädophilen Elite verwandelt hat, zusammenbricht.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln